

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlegel, Hoflieferant,  
Gr. Gerberstr. u. Breitenstr.-Ecke,  
Otto Nisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:  
für den innerpolitischen Theil:  
F. Hachfeld,  
für den übrigen redakt. Theil:  
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. J. Danne & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
W. Braun  
in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 193

Sonnabend, 17. März.

1894

## Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 16. März, 10 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

### Auf der Tagesordnung steht die dritte Verathung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

In der Generaldiskussion bemerkt zunächst  
Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (nl.): Ich bin von der  
Minderheit meiner Partei, die gegen den  
Vertrag gestimmt hat, beauftragt, die Gründe ihrer Abstim-  
mung auseinanderzusetzen. Ich bin ein prinzipieller Gegner der  
Herabsetzung des Roggenzolls. Den Beweis, daß der Preiskurs  
des Roggens nicht durch die Konkurrenz des Auslandes, sondern  
durch eine reiche inländische Ernte verursacht sei, haben die Regie-  
rungen nicht geführt. Der Preiskurs ist durch die Manipula-  
tionen der russischen Spekulanten hervorgerufen worden. Es  
wurden große Mengen von russischem Roggen und Weizen  
nach Königsberg und Danzig gelegt, und diese übten den  
Druck aus. Selbst in den Monaten der Dürre lagerten  
in Berlin in Folge von Spekulation große Mengen  
von russischem Getreide, und aus diesem Grunde konnte  
der Differentialzoll keine bedeutende Wirkung ausüben. Durch  
die in den letzten Jahren in fast allen deutschen Staaten  
veranstalteten Erqueten über die landwirtschaftlichen Verhält-  
nisse ist die Agrarfrage vorausgesetzt worden. Ich bin selbst  
in der Schweiz beurlaubt und habe dort den schädlichen Einfluß  
niedriger Getreidepreise gespürt. Die Einschränkung des Körner-  
hauses schädigt die industriellen Arbeiter wegen des dann eintreten-  
den Mangels landwirtschaftlicher Produkte, wie Milch, Butter u.  
Darum verfallen die Leute dem Alkoholismus. Ein Differential-  
zoll gegen Rußland würde keine politische Spitze haben. (Sehr gut  
rechts.) Ich habe zu denjenigen gehört, die die Heibelberger Be-  
wegung mitgemacht haben, die vom Finanzminister Dr. Miquel  
veranlaßt worden ist, und die zum Zweck hatte, die Nationallibe-  
ralen mit der agrarischen Bewegung zu veröhnen. Wer diese Be-  
wegung mitgemacht hat, braucht sich nicht erst durch ein Votum des  
Bundes der Landwirthe binden zu lassen. Er muß in Konsequenz  
seiner ganzen Anschauungen gegen den russischen Handelsvertrag  
stimmen, wie es die Minderheit meiner Freunde auch in dritter  
Lesung thun wird. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Seckemann (Cr.): auf der Tribüne sehr schwer  
verständlich: Ich stehe zunächst auf dem Boden der Interessen  
meiner Heimath und meines Wahlkreises und beurtheile die Frage  
des russischen Handelsvertrages insbesondere vom Standpunkte des  
Westens, ohne allerdings die Interessen der Landwirthschaft des  
Ostens, soweit ich sie kenne, preiszugeben. Der Abschluß des  
russischen Handelsvertrages wird, nachdem die Staffeltarife gefallen  
sind, auf die Landwirthschaft des Westens keinen besonders ungun-  
stigen Einfluß ausüben. Nachdem alle übrigen Grenzen geöffnet  
sind, wird der Preis des Getreides im allgemeinen an allen  
Grenzen der gleiche sein, und darum glaube ich nicht, daß der  
russische Handelsvertrag daran viel ändern wird. Andererseits läßt  
sich nicht bestreiten, daß die Landwirthschaft sich in schwieriger Lage  
befindet, und man wird andere Mittel und Wege finden müssen,  
um der Landwirthschaft zu helfen. Wenn irgend etwas uns die  
Lehre geben kann, die Landwirthschaft zu schützen und zu schonen,  
so sind es die furchtbaren Verhältnisse in England. Welch ein  
großes Maß von Mangel an Fürsorge für die Land-  
wirthschaft ist seit den zwanziger Jahren angewandt worden!  
Die Theorie des Liberalismus, der die Freiheit der Landwirthschaft  
betonte, hat bei ihrer Umsetzung in die Praxis eine furchtbare Wir-  
kung gehabt. Wenn man einen Lebensstand bemerkt, dann macht  
man einfach alles tot in dem Glauben, es wird sich etwas Neues  
und Schönes daraus entwickeln. Man vergaß, daß es bei der  
Landwirthschaft auch darauf ankommt, die Stetigkeit des  
Grundbesitzes in der Familie zu erhalten, und darauf  
wird man seine Aufmerksamkeit nunmehr richten müssen, wenn man  
etwas Grundständiges schaffen will. (Sehr richtig! rechts.) In den  
feudalen Bestimmungen war viel mehr Wohlwollen und Weisheit  
wie in allen jetzt geltenden Bestimmungen. (Beifall rechts.) Das  
große Unglück der Landwirthschaft ist die Mobilität des  
Grundbesitzes. Aus diesen Gründen wird eine Aenderung  
der Kreditgesetzgebung in die Hand genommen werden müssen, um  
die übermäßige Verschuldung zu hindern. Da aber ein Grund für  
die übermäßige Verschuldung auch in den häufigen Erbhöhlungen  
liegt, so wird auch eine Aenderung des Erbrechts anzustre-  
ben sein. Es ist der Landwirthschaft nicht förderlich, wenn auf Grund  
der heutigen Erbfolge der Besitz immer in weniger Jahren wechselt.  
Eine unbegrenzte Erbhöhlung der Erbschaft ist naturgemäß nicht  
möglich, man muß daher andere Maßregeln ergreifen, um zu einem  
erproblichen Resultat zu kommen. Davon, ob die Regierung diese  
Schritte thun wird, wird das Gebot der Landwirthschaft abhän-  
gen. In der Voraussetzung, daß die Regierung diese Maßnahmen  
treffen wird, stimme ich für den russischen Handelsvertrag. (Beifall  
im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein (dt.): Ich bin mir bewußt,  
einen verlorenen Votum zu vertheiligen, wenn ich gegen den  
Handelsvertrag eintrete, nachdem Handelsverträge und  
persönlicher Hochdruck ihre Schuldigkeit gethan  
haben, um den Vertrag durchzuführen. Ich be-  
zweifle auch, daß Frhr. von Marschall seine frühere Aeußerung  
wiederholen wird, er sehe mit Ruhe den Zeiten entgegen, wo man  
die Politik der Regierung als den richtigen Weg anerkenne, denn  
inzwischen haben die Bauleute selbst eine vernichtende Kritik an  
der Vertragspolitik geübt. Die Angliederung Rußlands an den  
mitteleuropäischen Zollbund ist gerade so, als wenn man den Ziegen-  
bock in den Baum hineinflüßt, den man gegen Hasen errichtet hat.  
(Sehr richtig! rechts.) Die trockenen Zahlen, die Frhr. v. Marschall  
beigebracht hat zum Beweis, daß Rußland unsere Landwirthschaft  
nicht schädigen wird, halten gegenüber der lebendigen Wirklichkeit  
nicht Stand. Rußland ist in der Lage, unter Zuhilfenahme des  
Kubelkurses des Roggenpreises zu drücken. Daß die Landwirthschaft  
geschädigt wird, beweisen die Herren ja auch dadurch, daß sie nach  
Kompensationen suchen. Frhr. von Marschall sprach bei der Be-

gründung des Vertrages nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten,  
Graf Caprivi dagegen betonte, daß die politischen Drähte nicht  
abgeschnitten werden dürften, die Deutschland mit Rußland ver-  
binden. Dabei werden die Deutschen in Rußland mißhandelt,  
ebenso die römischen Katholiken. Den deutschen Kolonisten legt  
man Daumenschrauben an. Die überraschende Annäherung an Eng-  
land und gewisse Wendungen in der Polenpolitik waren vielmehr  
geeignet, den politischen Draht gegen Rußland abzuschneiden, als  
die Nichtannahme des Handelsvertrages. Ob die Russen nach Kon-  
stantinopel gehen, oder nicht, ist für Deutschland nur von sekun-  
därer Bedeutung. Der russische Kaiser ist völlig in der Lage, den  
politischen Draht festzuhalten oder zu zerschneiden. An seinem guten  
Willen, den Frieden zu bewahren und den Vertrag loyal durch-  
zuführen, ist gar nicht zu zweifeln. Aber seine Macht reicht nicht  
aus, den Ring eines in Markt und Knochen torumpirten Tschnowit-  
thums zu brechen. (Sehr wahr! rechts.) Wir werden ruhig und  
ohne Antipathie den Gang der Reichspolitik verfolgen. Wenn  
aber einmal die Zeit kommen sollte, wo man unserer Mitwirkung  
nicht glaubt entbehren zu können, dann werden wir sprechen: der  
Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Thaten sehen. Lassen  
Sie sich doch nicht täuschen durch den Zustimmungsrummel aus  
industriellen Kreisen zu dem Vertrag. (Sehr richtig! rechts.) Ein-  
sichtige Leute aus industriellen Kreisen haben mir gesagt, daß sie  
sich dadurch nicht täuschen lassen. Frhr. v. Marschall meinte, der  
Vertrag bilde einen Markstein in der deutschen Politik. Nach  
meiner Ansicht ist es ein Zeichenstein, unter dem Landwirth-  
schaft und Industrie gemeinsam liegen. (Sehr richtig.) Man wird  
uns berechnen für unsere geschlossene Haltung gegen den Vertrag  
noch dank wissen, denn nur so halten wir die Kreise, die noch  
immer die Träger des monarchischen Gedankens sind, ab, sich dem  
Radikalismus zuzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst zu Radzivil (Pol.): Wir fühlen kein Bedürf-  
niß dafür, uns über unsere Haltung zum russischen Vertrag heute  
weiter auszulassen. Denn wir haben die Gründe dafür und da-  
gegen in der zweiten Verathung auseinandergelegt. Abg. v. Staudy  
hat neulich meine Partei wegen ihrer Haltung zum russischen  
Vertrag angegriffen und ist dabei auf die Mandatsniederlegung  
des Abg. v. Roscielski gekommen. Wir fühlen uns verpflichtet,  
uns selbstverpflichtend zu erklären mit den Ansichten, die der Ausgetretene  
ausgesprochen hat, und ich möchte ad usum der Presse hier es  
aussprechen, daß die Mandatsniederlegung unnötiger Weise sehr  
viel Staub aufgewirbelt hat, der mit den tatsächlichen Verhält-  
nissen zum Theil gar nicht zusammenhängt und ihnen nicht ent-  
spricht. Wir behaupten, daß wir den Herrn nicht mehr unter uns  
haben, aber die langwierigen Konsequenzen, welche Freund und  
Feind an diese Mandatsniederlegung geknüpft haben, werden sich  
nicht erfüllen. Wir wollen mit den Konservativen keinen Streit,  
aber erklärl. werden Sie doch unsere Zurückhaltung finden, wenn  
in einem Augenblick, wo durch die Initiative Seiner Majestät und  
seiner Räte eine Aenderung in der Politik gegen die Polen vor-  
genommen wird, die konservative Partei es auf ihre Fahne ge-  
schrieben zu haben scheint, alle solche Bestrebungen im Reine zu  
erlöchen. Wir begreifen es, daß die geistige Verwüstung, welche  
die systematische Ausrottung der Muttersprache in der ländlichen  
Bevölkerung der polnischen Gebietsstelle zur Folge hat, nunmehr  
aufgehört soll. (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich habe meine Ansichten über den  
russischen Vertrag schon in erster Verathung auseinandergelegt. Zu  
den anderen Sorgen ist auch noch die Sorge hinzugekommen, die  
durch die neue Polenpolitik entsteht. Eine Politik der Besöhnung  
ist schon oft versucht worden, und immer ohne Erfolg. Es ist auch  
bemerkenswert, daß die Sozialdemokraten für den Vertrag  
stimmen. Das Selbstbewußtsein der Partei ist außerordentlich ge-  
wachsen, und noch zu keiner Zeit hat sie so entschieden und ent-  
schlossen ihrer republikanischen Gesinnung Ausdruck gegeben wie  
nun. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es werden ganz an-  
dere Wege eingeschlagen werden, wie Fürst Bismarck es gethan  
hat; auch in der Kolonialpolitik sind wir vernichtet worden. Früher  
hat die Regierung behauptet, wir können nicht allein in der  
Währungsfrage vorgehen, und damit steht doch im Widerspruch,  
daß wir eine neue Ausprägung von 22 Millionen Silbermünzen  
vornehmen wollen. Die jetzige Politik der Regierung läßt uns mit  
Besorgniß in die Zukunft sehen, und darum bleiben wir bei un-  
serer ablehnenden Haltung gegen den Handelsvertrag. (Beifall.)

Abg. Thomsen (Freil. Bergg.): auf der Tribüne sehr schwer  
verständlich: Wir glauben, daß wir durch die Aufhebung des  
Identitätsnachweises entschädigt sind für etwaige Schädigungen  
durch den russischen Vertrag. Feste stabile Verhältnisse tragen am  
meisten zur Gesundung der Landwirthschaft bei, und solche Ver-  
hältnisse werden durch Verträge geschaffen. Auch ich bin der  
Meinung, daß der Besitz, namentlich der Kleinbesitz, in der Familie  
erhalten bleibt. Wir haben in Deutschland 5 Millionen Klein-  
besitzer. Diese sind aber durch die Wirthschaftspolitik seit 1879 in  
großem Maße belastet worden. Ich stimme der Vorlage zu unter  
der Voraussetzung, daß die verbündeten Regierungen Bürgschaft  
leisten, daß der bestehende Zoll auf zehn Jahre bestehen bleibt, so  
lange die „Industriellen“ nicht ermächtigt werden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Die Politik der  
Regierung leidet an einem Mangel an Folgerichtigkeit. Die Bauern  
sind das Rückgrat unseres Staates, mit den Bauern haben wir  
unsere Schlachten gewonnen, der Reichsfanzler selbst hat das an-  
erkannt. Die Sozialdemokraten haben ja schon anerkannt, daß der  
Reichsfanzler ein ganzer Mann ist, den sie brauchen können.  
(Sehr richtig.) Abg. Schönau hat gesagt, man wolle den Junkern  
durch Zustimmung zu dem Vertrag das Rückgrat brechen. Dieser  
fromme Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen, sondern die Junk-  
er haben Rückgrat gezeigt, und das ist gut; denn nur Leute, die Rück-  
grat haben, können Stützen des Staats in Zeiten der Noth bilden.  
Auch die Haltung der Richterlichen Gruppe geht aus denselben  
Motiv hervor, den Junkern das Rückgrat zu brechen. Man konnte  
das ja aus Aeußerungen im Jöcher zur Genüge entnehmen. Abg.  
Niderst stimmt für den Vertrag aus reinem Wohlwollen gegen den  
Reichsfanzler, und zwar von wegen, wie es in den Zeitungen  
heißt: „Ach, er hat ihm ja nur auf die Schulter geklopft“. (Sehr  
richtig.) Für das Centrum sind tatsächliche Gründe maßgebend. Die

Spaltung der Nationalliberalen ist nicht verwunderlich, wir haben  
sie schon oft erlebt. In Rußland werden deutsche Ingenieure nur  
dann geduldet, wenn sie gründliche Kenntnisse des Russischen besitzen.  
Den Franzosen wird von vornherein eine Frist von 5 Jahren ge-  
geben. (Hört! hört! rechts.) Es wäre gut, wenn auch unsere Re-  
gierung von den Russen die Kenntnisse des Deutschen verlangte.  
Das wäre besonders gut für die zu uns kommenden russischen  
Juden, die nie Deutsch lernen wollen. (Sehr richtig.) Russische Zi-  
tungen verlangen von uns, wir müßten den Vertrag annehmen,  
Rußland sei eine Vormacht in Europa. Das müssen wir uns 25  
Jahre nach dem glorreichen Kriege sagen lassen. Man kann einer  
Regierung, die eine solche Politik macht, nur dieselben Worte zu-  
rückgeben, die in den ad usum cancellarii im „Berliner Tageblatt“  
und in der „Nationalzeitung“ stehenden Artikeln über die antisem-  
itische Bewegung enthalten waren, diese sei eine Vorfrucht der  
Sozialrevolution, der Anarchie. Der Vertrag ist ein inneres Gena-  
(Beifall rechts.) Hoffentlich entstehen uns ein neuer Gneissau und  
Scharnhorst, die uns aus dieser inneren Gefahr wieder heraus-  
bringen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Cr.): Der Vorredner hat die Aeußerun-  
gen des Abg. Bachem über die Judenfrage mitverlesen. Unser  
Grundgesetz ist: Nicht mitzubüssen, mitzulieben und wir da! Ad  
neben der Liebe auch noch die Gerechtigkeit. Wenn ich Frhr. von  
Hammerstein über die Behandlung der deutschen Katholiken in  
Rußland beschwert, so erinnere ich ihn daran, was wir deutschen  
Katholiken in Deutschland unter der thätigen Mithilfe des Frhr.  
von Hammerstein und seiner Freunde zu leiden gehabt haben. Die  
Konservativen waren Freihändler, so lange sie exportirten, und  
nun nehmen sie es der Industrie, die jetzt auch auf den Export  
angewiesen ist, übel, daß sie freihändlerische Regungen zeigt. Die  
landwirtschaftlichen Schutzvögel sind ja nur eingeführt worden,  
um auf Grund derselben eine Handelspolitik zu ermöglichen. Das  
war die Tendenz des Fürsten Bismarck. Dann die landwirth-  
schaftlichen Zölle sollten als Ausgleich bei einem etwaigen auf  
Erneuerung fremder Industriezölle gerichteten Vertrag dienen. In  
der zweiten Lesung haben die Gegner des Vertrages keine trifti-  
gen Gründe vorgebracht. Die Vertheidigung der Regierung war  
wirksam, als der wirksamste Angriff der Konservativen (Zustim-  
mung links und bei einem Theile des Centrums). Wenn es  
Deutschland gelingt, Rußland in die europäische Wirtschaftsge-  
meinschaft hineinzuziehen, so haben wir auf wirtschaftlichem und  
politischem Gebiete einen der größten Erfolge errungen. Die Aus-  
führungen des Frhr. von Hammerstein über das Verhältnis Ruß-  
lands zu Konstantinopel stehen in Widerspruch mit der Politik,  
welche Fürst Bismarck, den Sie ja immer als Muster dem  
Grafen Caprivi vorhalten, befolgt hat. (Rufe rechts: Die Polen  
des germanischen Grenzablers!). Dieser Ausdruck bezog sich nur  
auf die Donauländer. Von hoher Stelle ist geäußert worden:  
Der Weg der Russen nach Konstantinopel geht über das Branden-  
burger Thor. Mit dem Augenblick, wo die Russen in Konstanti-  
nopol einziehen, hat die letzte Stunde germanischer Kultur geschla-  
gen. Wir begrüßen die Handelsvertragspolitik als vernünftige Bürg-  
schaft des Friedens. Ebenbürtig neben den Erfolgen von 1870/71  
steht der Erfolg, den der Entel des Siegers von damals heute hier  
erringen wird. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Mantauessel (dt.): Die Ausführungen des Abg.  
Dr. Lieber haben uns in keiner Weise überzeugt. Die Getreidezölle  
sind nicht, wie Dr. Lieber meinte, eingeführt, um von Rußland  
später Konzessionen erlangen zu können, sondern wegen der Noth-  
lage der Landwirthschaft. Der Handelsvertrag ist die Todesstunde  
der deutschen Landwirthschaft. Namens meiner Freunde erkläre ich,  
daß unsere Abstimmung nicht aus persönlicher Gefälligkeit, sondern aus  
sachlichen Gründen erfolgt. (Beifall rechts.) Nach den neulichen  
Ausführungen der Abg. Bebel und Singer über das Kaiserdenk-  
mal habe ich das Gefühl, daß die Herren eigentlich kein Recht  
haben, im Reichstag zu sprechen (Unruhe links); sie negiren ja  
alles, worauf das Deutsche Reich sich stützt. Dem Minister  
Miquel bin ich sehr dankbar, daß er unsere Opposition als be-  
rechtigt anerkennt. Von der richtigen Lösung der Agrarfrage hängt  
das Wohl des ganzen Vaterlandes ab. Nach der Aufhebung der  
Staffeltarife müßten eigentlich Nothstandstarife eingeführt werden.  
(Abg. Dr. Dahn, der frühere Hospitant der nationalliberalen Partei,  
erscheint auf der äußersten Rechten, um dort seinen neuen ihm an-  
gewiesenen Platz einzunehmen, und wird von den Antifemiten und  
einigen Konservativen mit Bravorufen und lebhaftem Handklopfen  
beglückt. Dadurch entsteht eine solche Unruhe, daß Vizepräsident  
Dr. Büchlin die Glocke gebrauchen muß.) Es ist möglich, daß der  
Industrie ein kurzer Aufschwung beschieden ist, aber ein schwerer  
Rabenschmerz wird folgen. Wir wollen keinen Handelsvertrag,  
und wenn einer gemacht wird, dann wollen wir, daß er nur auf  
ein Jahr abgeschlossen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Auch wir Freunde des Handels-  
vertrages haben ein Herz für die Landwirthschaft, und wir haben  
das oft genug bewiesen. Wenn durch den Vertrag irgend ein  
Nachtheil für die Landwirthschaft entstände, würde ich nicht dafür  
stimmen. Für mich ist jeder Zweifel darüber geschwunden, daß die  
Kompensationen, die gewährt worden sind, nicht nur die Nachtheile  
aufwiegen, die die Landwirthschaft von dem Vertrage haben könnte,  
sondern sie bieten ihr darüber hinaus noch erhebliche Vortheile.  
Im ganzen Westen ist man einig über den Nutzen der Landwirth-  
schaft, und wir haben es hier ja gehört, daß die Aufhebung des  
Identitätsnachweises eine Erhöhung des Weltmarktpreises zur Folge  
haben wird.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Singer (S.-D.): Wenn Abg. v. Hammerstein sich darüber  
aufhält, daß ich antimonarchische und republikanische Ansichten hier  
ausgesprochen habe, so muß ich mich darüber umso mehr wundern,  
als am Bundesrathstisch ja selbst Leute sitzen, die auf die Republik  
bereits sind.

In der Spezialdiskussion, die sich zunächst auf die  
einzelnen Artikel erstreckt, bemerkt

Abg. Graf Bismarck: Die Aeußerung, daß der Weg nach  
Konstantinopel über das Brandenburger Thor führt, die Abg. Lieber  
hier angeführt hat, ist nicht zu der Zeit gefallen, als ich noch im



Auswärtigen Amte thätig war, rührt auch nicht von dem damaligen Reichskanzler her. Dessen Ansicht war ja immer, daß Deutschland bei seiner ungünstigen geographischen Lage wenigstens eine Kompensation darin habe, daß es kein Interesse an den Territorien im Orient und am Mittelmeer hat. Die betr. Äußerung ist nach Zeitungsberichten vom jetzigen Reichskanzler in der Militärkommission gefallen, wobei es fraglich ist, ob sie zutrifft, weil das Brandenburger Thor nach der anderen Seite hin, nach dem Westen liegt. (Rufe links: Sehr richtig!)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Graf Bismarck hat die Äußerung, daß der Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Thor ginge, als eine meiner Ansicht Ausdruck gebende dargestellt. In einer Kommissionsitzung über die Militärvorlage habe ich, und das ist demnächst in der Presse in offiziöser Weise dargelegt worden, diese Äußerung als eine aus einer russischen Zeitschrift kommende dargestellt. Ich bitte den Abgeordneten, wenn er wieder Äußerungen mir zuschreibt, sich besser zu informieren.

Abg. Graf v. Bismarck: Ich freue mich, daß der Reichskanzler mir Gelegenheit giebt, sofort zu antworten; wenn er während meiner Worte anwesend gewesen ist, so erwarte ich von seiner Loyalität, daß er meine Worte nicht umdrehen wird. Ich habe ausdrücklich gesagt: Abg. Lieber hat diese Äußerung dem Reichskanzler zugeschrieben. Es erscheint aber nicht glaublich, daß der jetzige Reichskanzler das gesagt hat, schon wegen des geographischen Fehlers, der darin liegt. Ich habe das ausdrücklich betont im Interesse der historischen Wahrheit. Wenn ich geschwiegen hätte, so hätte es den Anschein gehabt, als ob ich den Worten des Abg. Lieber zustimme. Zu dem Ausfalle des Reichskanzlers gegen mich war also keine Veranlassung. (Der Reichskanzler verläßt mit einer Geberde der Geringschätzung den Saal. Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Girschel (Antf.) erklärt, daß Abg. Lenzmann in der Kommission der erste gewesen sei, der den Ausdruck, die russischen Juden seien eine Landplage, in die Debatte geworfen habe. Er sei in der Kommission anwesend gewesen und verweise außerdem auf das Protokoll.

Abg. Lenzmann (Zf. Bp.): Der Abg. Girschel hat die durch die antisemitische Presse verbreitete unwahre Nachricht jetzt hier im Hause wiederholt, ich hätte in der Kommissionsberatung die russischen Juden eine Landplage genannt; ich erkläre hier ausdrücklich, daß ich dergleichen nicht gesagt habe. Auf eine von konservativer Seite gemachte diesbezügliche Äußerung habe ich erwidert, daß ich die Bezeichnung der russischen Juden als Landplage nicht als richtig anerkenne, wäre sie aber selbst richtig, so würde der Abschluß des Handelsvertrags in dem Verhältnis der russischen Juden und ihrer Einwanderung nichts ändern. Ich habe genau das Gegenteil von dem gesagt, was die verlogene antisemitische Presse verbreitet hat.

Abg. Graf Mirbach (Bl.) spricht nochmals ausführlich über die Frage der Eisenbahntarife. Er führt aus, daß es das Verdienst der Abgg. Lieber, Hammacher und Bennigsen sei, festgestellt zu haben, daß die Frage der Aufhebung der Staffeltarife mit dem Handelsvertrag in Verbindung stehe.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) stellt fest, daß die Aufhebung der Staffeltarife nicht bloß von den außerpreussischen Interessenten, sondern auch innerhalb Preussens gewünscht sei. Ohne Zweifel würde sich auch das Abgeordnetenhaus in seiner Mehrheit auf den Standpunkt des Bundesrats stellen lassen.

Auf Anfrage des Abg. Rösche (wblbl.) erklärt Bundesbevollmächtigter Herr v. Thielmann, daß der Vertrag am 20. März, Morgens 8 Uhr, in Kraft treten wird. Alle Vorbereitungen seien getroffen.

Damit sind die Artikel erledigt.

Zu den Posttarifen bemerkt

Abg. Graf Kanitz, daß die Konservativen im Militärstatut gestern nur wegen der Ausfälle an Einnahmen aus den Handelsverträgen eine Forderung gestrichen hätten. Das sei ihnen um so schwerer geworden, als es einem Minister gegenüber habe geschehen müssen, der das volle Vertrauen der konservativen Partei habe.

Abg. Solk (Rp.) polemisiert unter andauernder, sich steigender Unruhe des Hauses in längeren Ausführungen gegen den Vertrag. Reichskanzler Graf Caprivi: Graf Kanitz hat vorher den Versuch gemacht, die gestrige Abstimmung über Ausgaben für den Militärstatut mit dem Handelsvertrage zu verknüpfen; er habe den Wunsch des Kriegsministers nicht ausführen können, weil er nicht wisse, wie das Geld aufgebracht werden solle, das nötig wäre, um den Wunsch zu erfüllen. Ich weiß nicht, ob ich mich in einem Irrtum befinde, aber Graf Kanitz. Es hat sich nur darum gehandelt, daß der preussische Kriegsminister den Wunsch hatte, für die Erhaltung der Magazine Gebäude u. eine Summe zu bekommen und dafür bereit war, eine andere Summe zu opfern. Nun ist das Resultat das: Der Kriegsminister erhält 760 000 und opfert 789 000 Mark, so daß die Herren noch ein gutes Geschäft von 29 000 M gemacht haben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Kanitz: Wenn der Kriegsminister glaubt, 700 000 Mark noch mehr entbehren zu können wie die 600 000 Mark, so hätten wir eigentlich beide ablehnen müssen. Unser Standpunkt ist der, Ersparnisse eintreten zu lassen, wo wir sie auffinden können, nicht bloß beim Militärstatut, sondern auch sonst. So werden wir im preussischen Abgeordnetenhaus Forderungen für Kanäle rund ablehnen wegen der Finanzlage und um die durch die Handelsverträge entstandene Situation nicht zu verschlimmern.

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Graf Kanitz wollte die gestrige Abstimmung der Konservativen entschuldigen. Ich möchte konstatieren, daß es den Konservativen sogar gelungen ist, in einer Frage der Regierung zu opponieren, in der selbst Abg. Richter ihr zustimmt hat.

Abg. v. Salisch (Bl.) bekämpft die Herabsetzung der Getreidezölle. Die Konventionen könnten vielleicht dem großen Westher helfen, dem Bauern aber in keinem Falle.

Abg. Herr v. Manteuffel (Bl.): Ich muß es entschieden abweisen, daß Abg. Hammacher sich das Recht nimmt, unsere Abstimmung zu kritisieren. Vom Abg. Richter wundere ich mich allerdings, daß er gestern mit den Nationalliberalen zusammengegangen ist.

Abg. Graf Kanitz: Ich habe unsere Abstimmung weder entschuldigend, noch gerechtfertigt, sondern lediglich motiviert.

Abg. Richter (Zf. Bp.): Herr v. Manteuffel schien mir einen Vorwurf daraus zu machen, daß ich gestern dem Antrag Hammacher zugestimmt und die Forderung für Reparaturbauten von Kasernen bewilligt habe. Es handelte sich gar nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern nur um eine Bewilligung für Zwecke, die wir an sich bewilligen wollten, aber im Interesse der Bilanzierung auf nächste Jahr hinausgeschoben wünschten. Da aber von der Regierung das Interesse der Bilanzierung an anderer Stelle gewahrt wurde, so lag kein Grund vor, den Abstrich aufrecht zu erhalten.

Der Handelsvertrag wird in allen seinen einzelnen Theilen und soeben in der Gesamtabstimmung im Ganzen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen und Antisemiten geschlossen, die große Mehrheit der Reichspartei, sowie die kleinere Hälfte des Centrums und ein Theil der Nationalliberalen.

Der Etat wird in dritter Lesung in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 5. April, 2 Uhr. (Interpellation Mann, betreffend den Fortbildungsunterricht am Sonntag; Währungsinterpellation Kardorff-Mirbach.)

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung vom 16. März, 10 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist ein Antrag Dr. Krause (nl.), betr. die Gleichstellung der Notare mit anderen Beamten bezüglich der Strafen wegen Nichtverwendung der tarifmäßigen Stempel.

Das Haus erledigte darauf ohne wesentliche Debatte in dritter Beratung die Gesetzentwürfe, betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Ronsdorf, betr. die Regelung des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz, betr. den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Loosen zu Privatlotterien, betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, betr. das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen nichtstaatlichen Mittelschulen; ferner die Novelle zum Vergesetz und die Sekundärbahnvorlage. Bei letzterer Vorlage werden von verschiedenen Seiten lokale Wünsche zum Ausdruck gebracht.

Darauf werden verschiedene Petitionen, betr. die Seehund- und Entwicklung des gewerblichen Unternehmertums durch Ueberweisung zur Berücksichtigung und eine Petition wegen Ausdehnung des Normal- etats für Zeichenlehrer durch Ueberweisung als Material erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident von Köller beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 3. April, an mit der Tagesordnung: Initiativanträge und kleinere Vorlagen.

Abg. Sack (konf.) spricht sein Bedauern aus, daß auch in diesem Jahre der Etat nicht rechtzeitig erledigt sei. Einen Antrag auf Vertagung will ich nicht stellen, da er aussichtslos wäre. (Beifall rechts.)

Präsident v. Köller: Das Bedauern des Vorredners theile ich vollständig. Wir können die Verhältnisse aber in diesem Augenblick nicht mehr ändern, und angeht die Geschäftslage konnte in keinen andern Vorschlag für die nächste Sitzung machen.

Abg. Arendt (fl.) schließt sich dem Bedauern über die Nichtfertigmachung des Etats an. Vielleicht wird dieser Umstand die Reglerung veranlassen, den Landtag nicht auf den allerletzten versammlungsmäßig zulässigen Termin einzuberufen.

Abg. v. Cnuern: Daß wir mit dem Etat nicht fertig geworden sind, liegt einmal daran, daß Ostern so früh fällt, und daß das Centrum allzulange Reden hält. Es müßten geschäftsmäßig jedem Redner nur 5 Minuten Redezeit eingeräumt werden.

Abg. Im Walle (Gr.) protestiert Namens des Centrums gegen die Ausführungen des Vorredners.

Präsident v. Köller: Ich denke diesem Streitt am besten ein Ende zu machen, indem ich konstatire, daß sich gegen die Tagesordnung kein Widerspruch erhoben hat. (Heiterkeit.)

## Amtliches.

Berlin, 16. März. Ober-Bergrath v. Ammon ist zum Geh. Bergrath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt. Verlegt sind Landgerichtsrath Weiskleder in Orlow nach Gölzig, Amtsgerichtsrath Wiest in Waldburg an Amtsgericht I Berlin, Landrichter Wachsmann in Sandberg a. W. an Landgericht I Berlin, Amtsrichter Tiesler in Fiehlne nach Deutsch-Krone, 1. Staatsanwalt Supper in Bonn an Landgericht in Köln, Staatsanwalt Schäffer vom Landgericht I an Landgericht II Berlin, Staatsanwalt Settegast in Koblenz ist zum 1. Staatsanwalt am Landgericht in Stolp ernannt. Ger.-Ass. Meyer in Berlin ist zum Amtsrichter in Königsberg N.-M., Ger.-Ass. Untermann in Königsberg zum Amtsrichter in Marggrabowa, Ger.-Ass. v. Seebach in Artern zum Amtsrichter in Massow, Ger.-Ass. Naumann in Erfurt zum Amtsrichter in Bentum, Ger.-Ass. Dr. Keller in Halberstadt zum Amtsrichter in Wiehe, Ger.-Ass. Bessel in Okerode a. S. zum Amtsrichter in L. d. Ger.-Ass. Haase in Kiel zum Amtsrichter dajelsch, Ger.-Ass. Co. aus in Essen zum Amtsrichter in Castrop, Ger.-Ass. Doench in Siegen zum Landrichter in Duisburg, Referendar Werbin im Bez. des Oberlandesgerichts Posen zum Gerichtsassessor ernannt.

## Deutschland.

□ Berlin, 16. März. Pünktlich um 2 Uhr 35 Minuten hat der Reichstag den russischen Handelsvertrag in dritter Lesung angenommen. Nächsten Dienstag 8 Uhr Morgens wird der Vertrag in Kraft treten, eine Großthat der Reichspolitik. Kaum war die Abstimmung vorbei, so begann ein lebhaftes Beglückwünschen am Bundesrathstisch. Graf Caprivi empfing zahlreiche Glückwünsche, und er selber beglückwünschte die deutschen Delegirten zu den Vertragsverhandlungen, die es wahrlich wohl verdient haben. Die Debatte bot eine ganze Reihe bemerkenswerther Punkte. Großmüthig überließ die Mehrheit den Konservativen die Tribüne zu beinahe alleinigem Gebrauche. Von links kamen nur einige unvermeidliche Richtigstellungen und Anfragen. Dagegen durften sich die Herren v. Hammerstein, v. Liebermann, Graf Kanitz, Graf Mirbach, v. Manteuffel, v. Kardorff breit und behaglich ergehen. Herr v. Hammerstein wurde spitz bis zum Ueberfeinen. Freundlich lächelnd lud er den Reichskanzler ein, mit dieser sozialistisch-freisinnig-polnisch-kerikalen Mehrheit doch gefälligst weiter Reichspolitik zu treiben. Wie die Politik, als deren Stütze sich Herr v. Hammerstein betrachtete, schließlich aussehen würde, davon bekommt man einen angenehmen Vorgeschmack durch die leicht beherzte Manier, mit der der Redner die Gefahr eines russischen Krieges übergang. „Uns könne es gleichgültig sein, ob Rußland Konstantinopel besetzt.“ Der Reichskanzler saß dabei, spielte mit seinem Bleistift und fand sich nicht bemüht, Herrn v. Hammersteins bedrücktes Gemüth zu entlasten. Ebenso unerschrocken und gleichmüthig blieb er bei der Mißtrauenserklärung aus dem Munde des Herrn v. Manteuffel. Der konservative Führer behauptete, daß seine Freunde das Recht der Krone, ihre Rathgeber zu wählen und zu befehlen, wie und solange sie wolle, nicht antaste. Aber Recht, ja Pflicht der Konservativen sei es, die Rathgeber selber zu bekämpfen, wenn ihre Politik Schaden bringe. Ungefähr dasselbe, „nur mit ein bißchen andern

Worten“, mag mancher konservativer Hofgänger in den letzten Wochen dem Kaiser direkt gesagt haben. Während der Mantteuffelschen Rede ereignete sich ein hübscher Zwischenfall. Herr Dieberich Hahn, der Ex-Hospitant der Nationalliberalen, bewerkstelligte höchst feierlich seinen Umzug von der linken auf die äußerste rechte Seite, allwo die Böhnen der Politik, bayerische Bauernbündler, nichtreformistische antisemitische Einspänner und ähnliche extreme Wilde sitzen. Dem abziehenden Herrn Hahn folgte ein Saalbediener mit der Schatulle des Ueberfiedelnden. Unter heiterem Bravo ging diese neue Kolonisation der konservativ-bauernbündlerisch-reformparteilich-deutschsozialen Jagdgründe vor sich. Herr v. Manteuffel war angenehm erschreckt durch den lebhaften Beifall, der bei einer gar nicht bedeutenden Stelle seiner Rede einsetzte, bis er, selber mitleidend, seinen Irrthum entdeckte. Eine bemerkenswerthe Rolle haben die Ultramontanen während aller drei Besungen und namentlich in der dritten gespielt. Mehr als ein Drittel der Fraktion, darunter alle Bayern, hat gegen den Handelsvertrag gestimmt. Gleichwohl ist aus dieser anfänglichen Minderheitsgruppe in sämtlichen Besungen kein einziger Redner gegen den Vertrag aufgetreten. Noch beim rumänischen Vertrage war das gründlich anders. Diesmal hat Herr Lieber in der ersten Besung die schwierige Aufgabe gehabt, sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheit zu sprechen, und nachdem er das mit einigem Schwanken auf dem hohen Thurmfeil ausgeführt, ist er jetzt, als ob es gar keine Minderheit in seiner Fraktion gäbe, mit bedingungslosem Eifer für den Vertrag ins Zeug gegangen. Mehr noch, außer ihm hat auch Freiherr v. Heereman eine starke Banze für die Vertragspolitik gebrochen. Wo aber war die Minderheit des Centrums? Sie stimmte, doch sie schwieg. Die ganze Sache macht den Eindruck, soll ihn wenigstens machen, daß das Centrum trotz augenblicklicher Meinungsverschiedenheiten geschlossen wie nur je dastehet und fortgesetzt von eiserner Disziplin zusammengehalten werde. Skeptische Gemüther finden freilich, daß aus der Noth eine Tugend gemacht worden ist. Wäre der Centrumszwist an den offenen Tag gekommen, so hätte es auch gleich gekracht, daß die Splitter fliegen mußten. Das ist denn nun vermieden worden. Immerhin muß man es sich merken, daß das Centrum immer deutlicher die gouvernementale Seite herauskehrt. Welch ein Unterschied zwischen Herrn Liebers Gladiatorenposa bei der Militärvorlage und seiner gegenwärtigen Haltung im Gewande eines Erzengels, der schweigend mit feurigem Schwerte zu Häupten des Reichskanzlers steht! Gewiß hat der Centrumsredner Recht, wenn er dies Vertragswerk mit seinen weiten historischen Perspektiven in eine Reihe mit den glänzendsten Erfolgen in der neudeutschen Geschichte stellt. Nur ist es ein bißchen wunderlich, dergleichen gerade aus Herrn Liebers Munde zu hören. Man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Für eine Politik der Begünstigung der Centrumsinteressen wirbt der klerikale Redner, und in klug vertheiltem Rollenwechsel schlägt er die eine Note an, der der Polonismus, aus des Fürsten Radziwill Munde, nach Art von Responsorien meisterhaft sekundirt. Mitten im Lärm rein wirtschaftspolitischer Interessen klingen so Untertöne an, die in politische Kämpfe einer vielleicht nahen Zukunft hinüberleiten. Fürst Radziwill sagte zuerst Einiges über Herrn von Roscielski, was keiner recht verstand, da der Redner zwar die Kommentare zum Austritt Roscielskis sämtlich zurückwies, selber aber keinen gab. Dann kam das höchste Lob auf „die Initiative Sr. Majestät des Kaisers und seiner Rede“ zu Gunsten der politischen Wünsche und der stärkste Tadel gegen die Konservativen, „die es auf ihre Fahne geschrieben zu haben scheinen, daß alle diese Wünsche im Keime erstickt werden müssen.“ Man sieht, die Fraktion braucht keinen Roscielski, ein Radziwill thut es auch. Die wohl am meisten bemerkte Episode der Sitzung war der Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Herbert Bismarck. Die Schuld lag bei Herrn Lieber, der den Ausspruch, daß für Rußland der Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Thor führe, irrthümlicherweise dem Fürsten Bismarck zugeschrieben hatte. Wie Graf Bismarck dagegen remonstrirte und wie der Reichskanzler wieder dem Grafen Bismarck entgegnet, das erfährt der Leser aus dem Sitzungsbericht. Nicht aber kann er daraus erfahren, mit welcher spitzen Schärfe Graf Caprivi sprach, und welche Pfeile in den kurzen Sätzen des Gegners schwirrten. Nein, wenn von „Versöhnung“ gesprochen wird, zwischen den Häusern Bismarck und Caprivi ist sie offenbar nicht geschlossen worden. Um noch ein paar Worte vom Herrn v. Liebermann zu sagen, so versprach dieser Herr, nur Gesichtspunkte zu bringen, die noch nirgends berührt worden seien. Nachdem er das gesagt, hielt er, getreu seinem Worte, eine Rede, die man in Duzenden von Kreuzzeitungsartikeln schon wochenlang hat lesen können.

— Nach den endgültigen Beschlüssen des Reichstags schließt der Etat für 1894/95 in Einnahme und Ausgabe mit 1286 536 050 Mark ab; davon sind fortdauernde Ausgaben 1079 937 442 Mark, einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats 76 323 243 Mark, des außerordentlichen Etats 130 275 375 Mark. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten belaufen sich auf 355 450 000 Mark oder mehr gegen das laufende Jahr 6 232 000 Mark. Die Herauszahlungen der Einzelstaaten betragen 397 497 420 Mark, also mehr gegen das laufende Jahr 22 095 124 Mark. Durch die Beschlüsse des Reichstags ist also der Mehrbetrag der Herauszahlungen der Einzelstaaten an das Reich von 39 541 774 Mark auf 17 456 650 Mark ermäßigt oder abzüglich des Mehrbetrags der Ueberweisungen auf rund 11 1/2 Millionen Mark.



## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Die Agrarier beabsichtigen nach Ostern im Reichstage wie im preussischen Abgeordnetenhaus einen Sturm auf die Goldwährung. Die bereits erörterte Interpellation der Abg. v. Kardorff und Graf Mirbach betreffend die Neuaustragung von 22 Millionen M. Reichsilbermünzen liegt, wie schon mitgeteilt, dem Reichstage bereits vor und steht auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien. — Gleichzeitig ist im Abgeordnetenhaus eine Interpellation Arendt gestellt, die die preussische Regierung auffordert, sich im Bundesrat gegen die von dem Reichskanzler beantragten Neuaustragungen zu stimmen. — Die Herren wissen ganz genau, wie die Antwort auf ihre Fragen lauten wird. Aber es kommt ihnen auch nur darauf an, Lärm zu schlagen, um die Silberfrage zur Agitation gegen den Reichskanzler zu mißbrauchen.

## Militärisches.

— **Personalveränderungen im V. Armeekorps.** Dr. med. Richter beim 2. Westpr. Gren.-Reg. Nr. 7, Dr. med. Pehl beim 1. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 46, als Unterärzte angestellt. Reintke, Hofarzt vom Westpr. Manen-Reg. Nr. 1, zum 2. Brandenb. Drag.-Reg. Nr. 12, versetzt. Franke, Intend.-Sekretariat-Assistent von der Intend. V. Armeekorps, zum Intend.-Sekretär ernannt.

— **Personalveränderungen in der 4. Division.** Dr. med. Krenke beim Kommerzien Juf.-Reg. Nr. 34 als Unterarzt angestellt.

\* **Würzburg, 15. März.** Vor dem hies. Militär-Bezirks-Gericht wurde dieser Tage eine Soldatenmißhandlung abgeurteilt. Der Unteroffizier Hünze, ein Westpreuße, der im 3. Chev.-Regiment zu Dienste steht, hatte einen Soldaten seiner Abtheilung demnach auf den Hinterkopf geschlagen, daß der Mann bewußtlos zusammenbrach und in Folge dieser Behandlung fünf Tage das Bett hüten mußte. Die Geschworenen nahmen einen minder schweren Fall an, und der Mißhändler erhielt acht Tage gelinden Arrest.

## Aus dem Gerichtssaal.

\* **Berlin, 16. März.** Im Prozeß Plad-Schweinhagen wurde heute der Finanzminister Dr. Miquel noch einmal als Zeuge vernommen und auf Antrag des Angeklagten Plad nochmals über seinen Briefwechsel mit dem Direktor Ottermann befragt, welcher gestern Herrn Ottermann zu der Redewendung von dem „Hallunken“, um den es sich in dem Briefwechsel handelte, veranlaßt hatte. Finanzminister Dr. Miquel: Ich habe die Erinnerung, daß vor der Einleitung des Strafverfahrens gegen Gehlen ein Mensch erkrankte, um dem Vorstand der rumänischen Gesellschaft mitzutheilen, daß Joachim Gehlen einen Artikel gegen die Gesellschaft ausgearbeitet habe. Der Mensch legte auch einen Bärtchen ab, wie es ja solche Revolver-Journalisten zu machen pflegen. Es handelte sich also um eine einfache Erpressung. Herr Ottermann, der den Menschen natürlich hinausgeworfen hat, ist dann zu mir gekommen, und ich habe ihm nach meiner Erinnerung gesagt, daß, wenn der Artikel erschiene, gegen den Verfasser vorgegangen werden müsse. Ich werde wahrscheinlich auch gesagt haben, daß man eventuell die Verhältnisse aufklären müsse. Was daraus gefolgert werden soll, ist einfach unverständlich. — Angekl. Plad: Ich beantrage, da über den Prozeß Gehlen verschiedene Behauptungen aufgestellt sind... Präsi.: Der Prozeß Gehlen geht uns in seinen Einzelheiten hier gar nichts an. — Angekl.: Dann werde ich in dieser Angelegenheit später Anträge stellen. — Präsi.: Dann stellen Sie dieselben gleich. — Angekl.: Dann beantrage ich hier die in meinen Händen befindlichen Aktenstücke aus dem Prozeß Gehlen zu verlesen. — Erster Staatsanw. Drecher: Ich beantrage, den Antrag abzulehnen, weil doch hier die Hauptsache als die Grenze der Beweiserhebung angesehen werden müsse. Ich hätte vielleicht Veranlassung genommen, auf den Prozeß Gehlen zurückzukommen, wenn die Akten vollständig vorlägen. In den aus Offen hergesandten Akten fehlt aber bezeichnender Weise gerade der wichtigste Band, in welchem die Hauptsache, die Aussage des Herrn Ministers in dem Prozesse Gehlen enthalten war. Dieser Band ist und bleibt verschwunden. Ich konstatire hierbei, daß der Angeklagte in der Voruntersuchung gesagt hat, daß er die Akten in dem Prozesse Gehlen bei dem Rechtsanwalt Wundel eingesehen habe. — Nach kurzem Bedenken bittet der Erste Staatsanw. auch über den Prozeß Gehlen zu verlesen, um einer Revision aus diesem Grunde vorzubeugen. Die Verlesung soll demnächst erfolgen. Angekl. Plad: Gestern sind zwei Sachverständige vernommen worden, welche behaupteten, daß gewisse Börsengruppen auf Grund eines zwischen ihnen bestehenden Geheimnisses im Stande seien, die Kurse vorher zu bestimmen. Ich möchte an den Zeugen die Frage richten, ob ihm hierüber etwas bekannt ist. — Finanzminister Dr. Miquel: Ich vermag zwar nicht einzusehen, was diese Frage mit dem gegen mich geschleuderten Verleumdungen zu thun hat, aber ich kann nur sagen, daß ich davon nichts weiß und es auch nicht für möglich halte. Ich bin persönlich nie an der Börse gewesen, und ich habe nie von einer derartigen Berechnung gehört. Die Angelegenheit scheint mir so hohlenlos abern, daß ich mich darüber kaum auslassen kann. Es kommt mir vor wie die fabelhaften Berechnungen, welche früher von Personen angestellt wurden, um zu bestimmen, wohin die Kugel im Roulette fallen würde. Derartige Berechnungen werden zu meist von solchen Personen angestellt, die ihr Geld im Spiel verloren haben. — Angekl. Plad: Hält der Zeuge es für möglich, den Stand der Kurse auf 6—8 Tage vorher zu bestimmen? — Zeuge Dr. Miquel: Ich halte es nicht für möglich, ich habe auch nie davon gehört. — Ich habe Gelegenheit genommen, die Akten der Diskontogesellschaft einzusehen. Daraus ist zu entnehmen: Die Verhandlungen über den Verkauf der Braunschweiger Bahnen begannen schon weit vor meinem Eintritt in die Diskontogesellschaft. Sie wurden anfänglich geführt zwischen der Braunschweigischen Staatsregierung und der Darmstädter Bank. Später sind mit Genehmigung des Ministers für öffentliche Arbeiten die Verlags-Märkische und die Potsdamer Bahn in die Verhandlungen eingetreten. Die Absicht ging dahin, eine Aktiengesellschaft zu bilden, die in den Besitz der beiden Bahnen gelangen sollte. Um die Geldfrage zu sichern, sind dann viel später eine Reihe von Bankhäusern in die Aktiengesellschaft eingetreten. Auf Grund der weit vor meinem Eintritt liegenden Vorverhandlungen ist dann ein vorläufiger Vertrag zwischen der Braunschweigischen Regierung und der Darmstädter Bank zu Stande gekommen und der definitive Vertrag ist am 8. März 1870 geschlossen worden, und zwar zwischen der Braunschweigischen Staatsregierung, der Darmstädter Bank und der Verlags-Märkischen und Potsdamer Eisenbahn. Ich bin erst später, als es sich um die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft handelte und die Diskontogesellschaft mit anderen Bankinstituten zur Finanzierung in Aktion trat, mit der Sache befaßt gewesen. Daraus erklärt sich wahrscheinlich der Irrthum, der in meiner Erklärung im Reichstage zu Grunde lag. Wenn der Angeklagte behauptet, ich hätte damit den preussischen Staat geschädigt, so ist dies geradezu lächerlich. — Erster Staatsanw.: Um die Sache nun gründlich zu erledigen, möchte ich den Zeugen noch darauf aufmerksam machen, daß der Angeklagte fortwährend bemüht ist, der Braunschweigischen Eisenbahn-Ange-

legenheit einen Anstrich zu geben, als ob dabei dynastische Interessen in Frage gekommen seien. Ich bitte den Herrn Zeugen, sich hierüber zu äußern. — Zeuge Dr. Miquel: Die Behauptungen des Angeklagten sind einfach aus der Luft gegriffen. Es sind ganz schamhafte Verleumdungen, und ich vermag auch keinen Vorwand zu erblicken, den der Angeklagte anführen könnte, um den Glauben zu erwecken, daß er sich im Recht zu befinden vermeine. Ich meine, es steht dem Angeklagten schlecht an, der Sache einen hochpolitischen Anstrich geben zu wollen, den sie durchaus nicht besitzt. — Es wird darauf der frühere Bahnhofsvorsteher zu Kreienzen, Herr Hummel, vernommen, welcher nebst dem Versicherungsinspektor Katterfeld aus Braunschweig telegraphisch geladen ist. Auf die Frage des Präsidenten, ob dem Zeugen etwas davon bekannt sei, daß bei dem Verkaufe der braunschweigischen Eisenbahnen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, erwidert der Zeuge verwundert: Unregelmäßigkeiten? Nein. (Bewegung im Zuhörerraum.) — Angeklagter Schweinhagen: Ich wollte den Zeugen noch fragen, ob Braunschweig nicht durch falsche Vorpiegelungen zum Verkaufe seiner Eisenbahnen veranlaßt worden ist und ob die Landstände nicht der Ansicht waren, daß die Bahnen in Privatbesitz übergeben würden. — Zeuge: Ich wüßte nicht, wie irgend jemand darauf kommen könnte, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die Angelegenheit wurde doch öffentlich im Landtage verhandelt, und jeder war im Stande, die Verhandlungen zu verfolgen. — Angekl.: Der Zeuge hat derzeit mit etwa 80 anderen Beamten einen Prozeß geführt, weil sie sich dadurch getäuscht fühlten, daß sie nicht, wie sie geglaubt hatten, von einer Privat-Gesellschaft, sondern von der preussischen Regierung übernommen wurden. — Zeuge: Das war anders. Ich und andere Beamte hatten einen besonderen Vertrag mit der braunschweigischen Regierung, wir glaubten uns geschädigt und beschritten deshalb den Klageweg; wir sind aber in letzter Instanz abgewiesen worden. Das ist alles, was ich davon weiß, und es ist mir unerklärlich, weshalb der Angeklagte sich auf mein Zeugniß berufen hat. Am Schlusse der heutigen Verhandlung stellte der Staatsanwalt seine Anträge. Er beantragte gegen Plad zwei Jahre Gefängnis, gegen Schweinhagen 1 1/2 Jahre und gegen Dewald 9 Monate Gefängnis.

## Aus der Provinz Posen.

\* **Nowarazlaw, 16. März.** [Erhumung.] Gestern wurde die Leiche des vor einiger Zeit, wie man sagt am Herzschlag verstorbenen Fräuleins S. auf Antrag der Bromberger Staatsanwaltschaft exhumirt. Die Sektion ergab, daß Fräulein S. vergiftet worden ist. Es soll sich um ein Verbrechen gegen das kelmende Leben handeln, und ist eine hiesige Hebamme, zu der die Verstorbene in Beziehungen stand, in die Affaire verwickelt. Die Sache erregt großes Aufsehen.

\* **Kolmar i. P., 17. März.** [Verhaftung.] Die Uebeltäter, die in der Nähe der hiesigen Station am Abend des 4. März Steine auf das Geleise gelegt hatten, um den Personenzug Posen-Schneidemühl zum Entgleisen zu bringen, sind jetzt ermittelt und verhaftet worden; es sind 3 Knechte aus Studzin.

## Telegraphische Nachrichten.

\* **Hirschberg i. Schl., 16. März.** Ein seit gestern früh anhaltendes Schneewetter hat bedeutende Störungen des Verkehrs und Schaden in den Wäldungen angerichtet. Das Telephonnetz im Hirschberger Thale und in der Stadt Hirschberg ist zertrübt und die telegraphische Verbindung auch nach außerhalb unterbrochen. Ein Güterzug blieb bei Jannowitz im Schnee stecken. Die Personenzüge aller Richtungen gehen unregelmäßig.

\* **Wien, 16. März.** Der Budgetausschuß nahm das Finanzgesetz an. Das Budget für das Jahr 1894 weist auf an Ausgaben 620 502 305 fl., an Einnahmen 623 082 080 fl., der Ueberschuß beträgt somit 2 579 775 fl., präliminirt waren die Ausgaben mit 618 694 287 fl., die Einnahmen mit 619 105 779 fl., der Ueberschuß somit auf 411 542 fl. Auf die Erklärung Herolds, daß die Jungzechen die Annahme des Finanzgesetzes als einen Ausdruck des Vertrauens ansehen und deshalb dagegen stimmen würden, bemerkte der Finanzminister Dr. von Plener, die Regierung wisse den Vorwurf einer nichtfachlichen Behandlung der böhmischen Streitfragen zurück, sie halte es vielmehr für empfehlenswerth, die Kontroversen an der Hand der Verständigung beider Nationalitäten und der Staatsbedürfnisse auszutragen. Die Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß die Führung der maßgebenden czechischen Partei eine andere prinzipielle Haltung annehme und einen anderen Ton in der Leitung der öffentlichen Meinung anschlage.

\* **Wien, 16. März.** Auf der Arbergbahn entgleiste zwischen Jmst und Kopen infolge eines Felssturzes ein Lastzug. Sieben Waggons wurden zertrümmert, zwei stürzten in den Inn, drei blieben an der Böschung. Das Personal des Zuges ist unverletzt. Die Bahnstrecke ist für einen Tag unpassierbar.

\* **Plan i. Böhmen, 16. März.** Der Ballon „Böhmi“, welcher heute früh in Charlottenburg aufgestiegen ist, landete 2 1/2 Uhr Nachmittag glatt am Nordabhang des Böhmerwaldes.

\* **Rom, 16. März.** Der bei dem Dynamitattentate vor dem Parlamente verwundete Molaroni ist heute im Spital gestorben.

\* **Florenz, 16. März.** Die Königin von England ist heute hier eingetroffen und wurde am Bahnhofe vom Herzog von Aosta, dem englischen Botschafter und den Spitzen der Behörden empfangen. Eine große Menschenmenge bereitete der Königin einen warmen Empfang.

\* **Turin, 15. März.** Heute Abend hatte das Fieber bei Rossuth zugenommen; die Lungenentzündung dehnt sich weiter aus.

\* **Paris, 16. März.** Die Deputirtenkammer bewilligte heute einstimmig den Kredit für die Opfer der anarchistischen Attentate im Februar. Sodann wurde die Diskussion über die Verfassungsrevision wieder aufgenommen. Pelletan legte seine gestrige Ausführungen fort und griff die allgemeine Politik der Regierung sowie ihre Haltung gegenüber der Kirche und den Kapitalisten auf das Heftigste an. Der Ministerpräsident Kasimir Périer erklärte, die Verfassungsrevision sei nicht das Mittel, um Reformen und Fortschritte herbeizuführen. Es sei besser, die Kammer prüfe die von der Regierung ausgehenden oder aus der Initiative Einzelner entspringenden Vorschläge. Das Kabinett wolle sich nicht auf die Rechte stützen; es unterstütze die Gewissensfreiheit, aber werde niemals zulassen, daß der Klerus sich gegen das Gesetz auflehne. Die Herstellung des religiösen Friedens sei nur möglich, wenn die Kirche den ersten Schritt thue. Der Ministerpräsident schloß mit einem Appell an die Unterstützung aller Republikaner. (Lebhafter Beifall.) Nach einer Erwidernung Kamels wurde die Generaldiskussion geschlossen. Daraus lehnte die Kammer mit 302 gegen 244 Stimmen gemäß dem Wunsche des Ministerpräsidenten Kasimir Périer die Dringlichkeit eines Antrags Goblet ab, welcher besagte, es sei Grund vorhanden, eine Revision der Verfassung vorzunehmen. Sodann wurde mit 326 gegen 215 Stimmen abgelehnt, einen Revisionsantrag Bourgeois in Erwägung zu ziehen. Nunmehr stellte Faure einen Antrag, wonach die Wahl des Senats auf Grund des allgemeinen Stimmrechts erfolgen solle. Faure verlangte unter

lebhaften Protestrufen des Centrums die Dringlichkeit für seinen Antrag. Kasimir Périer erklärte, er lehne den Antrag Faure ab, wolle sich jedoch der Dringlichkeit nicht widersetzen. Die Dringlichkeit wurde hierauf mit 415 gegen 67 Stimmen beschlossen. Nächste Sitzung morgen.

\* **Brüssel, 16. März.** Alle Sektionen der Kammer haben den Regierungsentwurf über die proportionale Vertretung abgelehnt.

\* **Madrid, 16. März.** Der Ministerrath beauftragte Sagasta, einen Bürgermeister von Madrid zu bezeichnen. Mehrere Persönlichkeiten lehnten schon den Antrag wegen der in der Stadtverwaltung herrschenden Unordnung ab.

\* **London, 16. März.** Nach der Niederlage, welche die Regierung am Dienstag im Unterhause durch die Annahme des Amendements Labouchère erlitten, gaben, wie die „Daily News“ melden, einige Minister die Absicht kund, zurückzutreten; sie hätten davon nur Abstand genommen, nachdem man sich dahin verständigt hatte, daß bei der Wiederholung ähnlicher Umstände die Regierung entweder zurücktreten oder das Parlament auflösen würde.

\* **London, 15. März.** [Unterhaus.] Bei der Berathung der Nachtragkredite erklärte der Unterstaatssekretär des Kolonialamtes Buxton, hinsichtlich des Matabele-Landes sei beabsichtigt, die Verwaltung desselben unter drei Administratoren zu stellen, welche die südafrikanische Gesellschaft mit Zustimmung Englands ernennen soll.

\* **London, 16. März.** Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Gren, die Regierung der Vereinigten Staaten habe mitgeteilt, sie besitze keine speziellen Schiffe für die Zerstörung der Wracks im Atlantischen Ozean, die amerikanischen Kriegsschiffe zerstörten aber stets solche Wracks, wo sie angetroffen werden. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Bereitswilligkeit angedeutet, eine Konferenz der Hauptseemächte über diesen Gegenstand einzuberufen.

\* **Sofia, 16. März.** Der auswärtige Handel Bulgariens weist pro 1893 einen Gesamtimport im Werthe von 90 800 000 Franks auf, gegen 77 300 000 Frks. im Vorjahre und einen Export im Werthe von 91 400 000 Frks. gegen 74 600 000 Frks. im Vorjahre.

## Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Vol. Sta.“

Berlin, 17. März, Morgens.

Wie verlautet, soll der Ausnahme-Tarif für Futtermittel am 1. Juli d. J. außer Kraft treten. Wie die Zeitungen melden, steht hier ein großer Wucherprozeß bevor. Es soll sich in einzelnen Fällen um Summen von 60 000 bis 100 000 Mark handeln, die aus einem Darlehn von einigen 1000 Mark entstanden sein sollen.

\* **Samburg, 17. März.** Der englische Dampfer „Bala“ wurde in der vergangenen Nacht im Altonaer Hafen von einem mit Cement beladenen von Tschode kommenden Segelschiff angegriffen. Letzteres ist untergegangen, die Mannschaft wurde gerettet.

\* **Paris, 17. März.** Meldungen aus Rio de Janeiro zufolge bringt Peizoto bei dem portugiesischen Admiral auf Auslieferung Salbando da Gama, da er denselben vor ein regelmäßiges Gericht stellen wolle. Der portugiesische Admiral verweigert die Auslieferung. Heute versuchte der Dampfer „Cidade porto“ mit den Aufständischen in See zu gehen, wurde vom Fort Santa Cruz daran verhindert und mußte zurückkehren.

\* **Paris, 17. März.** Der Kaiser von Oesterreich richtete gestern folgendes Telegramm vom Cap Martin an den Präsidenten Carnot: „Bevor ich Cap Martin verlasse, bitte ich Sie, Herr Präsident, sich versichert zu halten, daß ich von dem Aufenthalt in Ihrem schönen Lande die angenehmste Erinnerung bewahre und mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Freundschaftsgefühle, meinen lebhaftesten Dank entgegen zu nehmen für die liebenswürdige Gastfreundschaft und Aufmerksamkeit, welche mir in Frankreich von allen Seiten entgegengebracht worden ist.“ Präsident Carnot erwiderte: „Sehr bewegt über die Gefühle, welche Em. Majestät mir beim Verlassen Cap Martins aussprechen, danke ich Em. Majestät für die liebenswürdigen Worte, womit Sie mir die Mittheilung machen von der angenehmen Erinnerung, welche Sie an den Aufenthalt von Frankreich mit sich nehmen. Ich ergreife mit Freuden die Gelegenheit, Em. Majestät meiner aufrichtigsten Freundschaft zu versichern.“

\* **Belgrad, 17. März.** An der serbisch-bulgarischen Grenze stießen 80 bulgarische Schmuggler mit serbischen Grenzwachtern zusammen. Einer derselben und ein Bulgare wurden erschossen. Der bulgarische Vertreter drückte der serbischen Regierung sein Bedauern über den Zwischenfall aus.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. h. mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Stunde.	66 m Seehöhe.			
16. März. 2	74.1	NO stark	bedeckt	+ 4.5
16. März. 9	741.5	N stürmisch	bedeckt	+ 1.5
17. März. 9	743.6	NO stark	bedeckt	+ 0.9

1) Den Tag über ununterbrochen Regen, um 6 Uhr Hagel und Schnee. 2) Nachts und früh Regen und Schnee.

Niederschlagshöhe in mm am 16. März Morgens 7 Uhr: 28.8  
Niederschlagshöhe: am 16. März Abends 8 Uhr 21.0  
= 17. = Morgens 7 = 7.8  
= 28.8

Am 13. März: Wärme-Maximum + 7.0 Cel.  
Am 16. = Wärme-Minimum + 0.8°

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. März: Mittags 2.88 Meter.  
= 16. = Morgens 2.88 „  
= 17. = Mittags 2.90 „

## Polnisches Theater.

Heute Sonnabend, 17. März:

6. Gastspiel der Warschauer Schauspielerinnen Frau Baronin v. Luede: „Wie es euch gefällt?“ Lustspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare. Morgen Sonntag das letzte Gastspiel: „Heimath“ von H. Sudermann.



## Fonds-Berichte.

Breslau, 16 März. (Constance.) Fest.

Paris, 16. März. (Schluß.) Abgesehen ruhig, 86 Proz. Iota

Hamburg, 16. März. Salpeter loco 9,45, April 8,85,  
Mai 8,35. Feft.

**Berliner Produktenmarkt vom 16. März.**

Die Weizenofferten vom Auslande sind heute noch billiger als

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Spiritus 70er auf 34,80 Mk. per 10 000 Ltr. Broz. (N. 3.)

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (M. Köhler) in Bosen